



Abgeordnetenhaus **BERLIN**

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Plenarprotokoll

25. Sitzung

Donnerstag, 26. April 2018

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	2829	Steinwürfe auf Polizeibeamte	2849
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	2829	Kurt Wansner (CDU)	2849
1 Aktuelle Stunde	2829	Senator Andreas Geisel	2849
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Kurt Wansner (CDU)	2849
Bezahlbares Wohnen für Berlin	2829	Senator Andreas Geisel	2849
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)		Karsten Woldeit (AfD)	2850
Dr. Michail Nelken (LINKE)	2829	Senator Andreas Geisel	2850
Christian Gräff (CDU)	2832	Einigung zum Pankower Tor	2850
Iris Spranger (SPD)	2834	Katalin Gennburg (LINKE)	2850
Christian Gräff (CDU)	2836	Senatorin Katrin Lompscher	2850
Iris Spranger (SPD)	2836	Katalin Gennburg (LINKE)	2851
Harald Laatsch (AfD)	2836	Senatorin Katrin Lompscher	2851
Katrin Schmidberger (GRÜNE)	2838	Torsten Schneider (SPD)	2851
Sebastian Czaja (FDP)	2840	Senatorin Katrin Lompscher	2851
Jörg Stroedter (SPD)	2842	Tag für lesbische Sichtbarkeit	2852
Sebastian Czaja (FDP)	2842	Anja Kofbinger (GRÜNE)	2852
Senatorin Katrin Lompscher	2843	Senator Dr. Dirk Behrendt	2852
2 Fragestunde	2846	Anja Kofbinger (GRÜNE)	2852
gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Senator Dr. Dirk Behrendt	2852
Aktion der Berliner Feuerwehr	2846	Sabine Bangert (GRÜNE)	2853
Bettina König (SPD)	2846	Senator Dr. Dirk Behrendt	2853
Senator Andreas Geisel	2846	Mahnwache der Berliner Feuerwehr	2853
Bettina König (SPD)	2848	Karsten Woldeit (AfD)	2853
Senator Andreas Geisel	2848	Regierender Bürgermeister	
Danny Freymark (CDU)	2848	Michael Müller	2853
Senator Andreas Geisel	2848	Karsten Woldeit (AfD)	2853
		Regierender Bürgermeister	
		Michael Müller	2854
		Passagierstaus am Flughafen Tegel zu erwarten	2854
		Sebastian Czaja (FDP)	2854

(Senator Andreas Geisel)

[Kurt Wansner (CDU): Das ist aber neu!]

– Das ist nicht neu; das ist regelmäßig, Herr Wansner, und Sie wissen das! Im Innenausschuss haben wir das schon öfter miteinander diskutiert.

Wir arbeiten gemeinsam an einer rechtssicheren Strategie. Aber ich sage Ihnen auch: Was ich nicht tun werde, ist ein polizeibegleiteter Einbruch in der Rigaer Straße 94, zu dem ich regelmäßig von Ihnen aufgefordert werde.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Es handelt sich um eine schwierige rechtliche Situation. Sie wissen: Die Bewohnerinnen und Bewohner haben unbefristete Mietverträge, und das heißt, einfach reingehen oder, wie ich vonseiten der CDU schon gehört habe, ausräuchern oder Ähnliches, ist erstens nicht meine Sprache, zweitens rechtlich nicht möglich.

[Anja Kofbinger (GRÜNE): So, wie Sie es machen wollten mit Herrn Henkel!]

Die Gerichte haben zu diesen Aktionen von 2016 bisher auch klare Urteile gefällt, und deswegen wird dieser Senat energisch gegen die Situation in der Rigaer Straße vorgehen – nicht nur repressiv, sondern auch präventiv, gemeinsam mit dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg so, wie es notwendig ist. Wir lassen daran keinen Zweifel.

Aber ich sage Ihnen auch: Wir werden rechtssicher vorgehen. Was ich nicht tue, ist, Polizei in die Rigaer Straße zu schicken und dann mit gesenktem Kopf abzuziehen, weil die Gerichte gegen die Polizei urteilen. Rechtssicheres Handeln ist erforderlich, auch wenn es schwierig ist und länger dauert.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Präsident Ralf Wieland:

Die zweite Nachfrage geht an Herrn Kollegen Woldeit von der AfD-Fraktion. – Bitte schön!

Karsten Woldeit (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident! Vielen Dank, Herr Senator! – Sie sprachen gerade die Festnahme in der Rigaer Straße an. Halten Sie es für normal, dass zur Durchsetzung eines Haftbefehls 350 Beamten notwendig sind?

[Torsten Schneider (SPD): Beamte!]

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Herr Senator!

Senator Andreas Geisel (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Sehr geehrter Herr Woldeit! Herr Präsident! Die schwierige Situation in der Rigaer Straße 94 muss ich Ihnen nicht mehr erläutern. Die Polizei hat eine Entscheidung getroffen, einen Haftbefehl mit 350 Kolleginnen und Kollegen durchzusetzen, um dadurch bei der Durchsetzung des Haftbefehls eventuell folgende Gewalttätigkeiten wie Steinwürfe zu verhindern. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich finde es richtig, dass die Polizei in einer Größenordnung arbeitet, dass die Frage, wer zum Schluss als Sieger vom Platz geht, gar nicht erst aufkommt und es diese Straßenschlachten nicht gibt.

Wir werden rechtssicher handeln. Aber was ich vermeide, sind verletzte Polizistinnen und Polizisten. Das ist schon meine Fürsorge als Dienstherr, die dort notwendig ist, um für die Polizei einzutreten. Deshalb: Wenn es eine polizeitaktische Einschätzung ist, mit 350 Kolleginnen und Kollegen vor Ort und im Raum zu erscheinen, um diesen Haftbefehl durchzusetzen, halte ich diese Entscheidung für richtig und gerechtfertigt.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank!

Dann kommen wir jetzt zur Fraktion Die Linke – Frau Gennburg, bitte schön!

Katalin Gennburg (LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fragen den Senat: Ist es wirklich wahr, was gestern in der Zeitung stand – dass die historische Einigung zum Pankower Tor zustande kam? Was können Sie uns über die Inhalte der Vereinbarung sagen und über den Zusatznutzen, der jetzt dort jenseits von Einzelhandel und Fachmarkt zu erkennen ist, und was wir so wissen sollten über diese Einigung?

Präsident Ralf Wieland:

Zwar ein bisschen offen, aber Frau Senatorin Lompscher wird sich, wie ich höre, bemühen, das kompakt zu beantworten.

Senatorin Katrin Lompscher (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen):

Herr Präsident! Frau Gennburg! Man soll nicht alles glauben, was in der Zeitung steht – aber in dem Fall ist es zutreffend. Wir haben tatsächlich gestern Nachmittag die Grundsatzvereinbarung mit Herrn Krieger und den Vertretern seiner Firma, dem Bezirksbürgermeister von Pankow und mit mir als Vertreterin des Senats unterzeichnen können. Die wesentlichen Inhalte jenseits des Einzelhandels sind, glaube ich, insgesamt für Pankow und Berlin ein Grund zur Freude: Wir haben uns nicht nur darauf

(Senatorin Katrin Lompscher)

verständnis, dass da 2 000 Wohnungen entstehen sollen, dass von diesen 2 000 Wohnungen selbstverständlich der Anteil nach dem Berliner Modell – derzeit 30 Prozent – sozial und mietpreisgebunden errichtet wird. Es wird ein Fahrradparkhaus für 1 000 Stellplätze am U- und S-Bahnhof geben. Es wird eine schnelle Radwegeverbindung geben; es wird eine Tramtrasse freigehalten. Es wird eine Schule auf dem Areal errichtet.

Es ist also mehr, als sozusagen aus dem Gebiet heraus an Bedarf besteht, und das sind alles gute Gründe, um auch zum Thema Einzelhandel ja zu sagen. Der Fachmarktstandort ist im Fachmarktkonzept und im Stadtentwicklungsplan Zentren ohnehin sozusagen konsentiert, und die Einzelhandelskonzentration im Bereich des U- und S-Bahnhofs Pankow ist aus meiner Sicht für die Entwicklung des Pankower Zentrums durchaus eine positive Nachricht.

Aus städtebaulichen Gründen ist es schön, dass wir verabreden konnten, dass das da kein Einkaufszentrum wird, sondern dass das verbunden wird mit dem Bau von 500 Wohnungen, dass also auch dieser zentrale Bereich städtebaulich und architektonisch anspruchsvoll gestaltet werden wird.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Frau Gennburg! Wünschen Sie, eine Nachfrage zu stellen? – Bitte schön, dann bekommen Sie das Wort!

Katalin Gennburg (LINKE):

Ich wollte gern noch wissen, vielleicht auch als Rückblick: Wir haben heute viel über das Thema Bauen geredet und darüber, was R2G auf den Weg bringt.

[Zuruf von Sebastian Czaja (FDP)]

Vielleicht können Sie noch darstellen, wie lange es jetzt eigentlich keine Einigung gab, um das sozusagen noch einmal herauszustellen. Mich würde interessieren: Gibt es schon eine Idee über die Zeitverläufe, die uns jetzt gegenüberstehen?

[Joschka Langenbrinck (SPD): Das waren zwei Fragen!]

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Frau Senatorin! Suchen Sie sich eine der beiden Fragen aus, die Sie beantworten!

Senatorin Katrin Lompscher (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen):

Dann fange ich an mit der Frage: Was passiert jetzt anschließend? – Wir werden jetzt das Änderungsverfahren des Flächennutzungsplans, das im Sommer 2016 schon einmal in der öffentlichen Auslegung war, fortführen. Das wird in der Herbsttranche dabei sein, sodass der Flächennutzungsplan im nächsten Jahr mit Beschluss des Abgeordnetenhauses geändert sein könnte. Parallel werden die Bebauungsplanungsvorbereitungen aufgenommen. Der Bezirk will die Bebauungspläne zügig aufstellen, in Abstimmung mit uns natürlich. Wir werden den Bezirk dabei unterstützen.

Zum Rückblick kann ich nur sagen: Der Erwerb der Fläche datiert, glaube ich, auf 2009. Wir haben also bei der Verständigung darüber, was möglich ist, knapp die Zehn-Jahres-Frist unterboten. Wir haben einen großen Schritt gemacht, weil wir eben auch Schritte aufeinander gemacht haben. So etwas muss man machen, wenn man kompromissfähig sein will und wenn man die Voraussetzung dafür schaffen will, dass es dort jetzt tatsächlich einmal losgeht.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Die zweite Nachfrage geht an Herrn Kollegen Schneider von der SPD. – Bitte schön!

Torsten Schneider (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Frau Senatorin! Ich habe in der Presse gelesen, dass es auch ganz empörte Reaktionen aus dem Bezirk gab, die mich nicht zukunftsfreudig stimmen, wie dort ein Bebauungsplanverfahren ausgeht, mit welcher politischen Mehrheit. Ich habe das ja schon einmal im Plenum gefragt: Sind Sie bereit, das Verfahren an sich zu ziehen, wenn es jetzt auf die schiefe Bahn gerät?

[Beifall von Stefan Förster (FDP) –
Danny Freymark (CDU): Oh, oh!]

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Frau Senatorin!

Senatorin Katrin Lompscher (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen):

Der Bürgermeister hat sehr klar und deutlich gemacht, dass der Bezirk alles tun wird, um diese Grundsatzvereinbarung umzusetzen, sodass ich auch davon ausgehe, dass das im Bezirk läuft. Wenn es im Bezirk nicht läuft, ist es im Übrigen einfacher, bezirkliche Verfahren an uns

(Senatorin Katrin Lompscher)

zu ziehen, als sozusagen gleich von vornherein loszulegen. Ich beantworte Ihre Frage also mit einem klaren Ja.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank!

Dann kommen wir jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Frau Kollegin Kofbinger, bitte schön! Sie haben das Wort.

Anja Kofbinger (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat zum heutigen 26. April – wie wir alle wissen, dem Tag für lesbische Sichtbarkeit –: Was tut der Senat denn für mehr lesbische Sichtbarkeit in Berlin? – Danke sehr!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Frank-Christian Hansel (AfD): Das machen Sie
schon ausgezeichnet, Frau Kollegin!]

Präsident Ralf Wieland:

Herr Senator Behrendt! Bitte schön!

Senator Dr. Dirk Behrendt (Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung):

Frau Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Ich vermute, es hat nicht jeder im Plenum gewusst, dass heute der Tag für lesbische Sichtbarkeit ist.

[Anja Kofbinger (GRÜNE): Das kann
ich mir vorstellen!]

Jetzt haben wir schon mal mehr öffentliche Aufmerksamkeit für lesbische Sichtbarkeit erreicht, indem Sie das angesprochen haben.

Der Senat tut Folgendes: Wir haben uns darauf verständigt, dass wir nicht nur an diesem Tag, sondern über das ganze Jahr Lesben und lesbisches Leben in Berlin sichtbar machen wollen. Dazu dient uns die Auslobung eines Preises, der dann, indem er verliehen wird und indem über ihn berichtet wird, gleich seinen Zweck erfüllt, die lesbische Sichtbarkeit in dieser Stadt zu steigern.

[Zuruf von der AfD: Haben Sie keine anderen Sorgen?]

Dieser erstmalig in diesem Jahr ausgelobte Preis für lesbische Sichtbarkeit ist mit 3 000 Euro dotiert. Er soll alle zwei Jahre verliehen werden und damit in der Regenhauptstadt Berlin die lesbische Sichtbarkeit noch deutlicher machen. Das ist durchaus noch zielführend und sinnvoll, da gerade junge Frauen Role-Models brauchen. Wir haben es trotz all der Fortschritte in der homosexuellen Emanzipation der letzten Jahrzehnte immer noch, insbesondere auch im letzten Jahr, in erheblichem Um-

fang mit Diskriminierung zu tun, mit verstecktem Leben. Hier wollen wir mehr Öffentlichkeit schaffen. Ab sofort können gegenüber meiner Senatsverwaltung mögliche Preisträgerinnen für diesen Preis vorgeschlagen werden.

[Kurt Wansner (CDU): Unter welcher Telefonnummer?]

Wir werden dann im Laufe des Jahres die Preisverleihung vornehmen.

[Beifall von Carsten Schatz (LINKE)]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Frau Kofbinger! Wünschen Sie, eine Nachfrage zu stellen? – Dann bekommen Sie das Wort. Bitte schön!

Anja Kofbinger (GRÜNE):

Die Nachfrage ist natürlich: Wie werden die Preisträgerinnen ausgewählt? – Man kann sich jetzt also melden, das ist schön. Irgendjemand muss sie aber auswählen. Wie soll das vonstatten gehen?

[Kurt Wansner (CDU): Der Senator macht das!]

Präsident Ralf Wieland:

Herr Senator Behrendt, bitte schön!

Senator Dr. Dirk Behrendt (Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung):

Diese Auswahl werde ich nicht persönlich vornehmen,

[Och! von der CDU und der AfD]

sondern wir werden dafür eine Preisjury einrichten.

[Lachen bei der AfD –
Kurt Wansner (CDU): Dann kann ja
nichts schiefgehen!]

Ein fünfköpfiges Gremium wird die eingegangenen Vorschläge sichten und dann eine Shortlist mit drei Nominierten bestimmen. Aus diesen drei wird dann endgültig die Gewinnerin ausgewählt. Ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, kompetente Personen für diese Jury zu gewinnen – die Jury in diesem Jahr. Sie soll dann in den nächsten Jahren ergänzt werden bzw. ausgetauscht werden durch die Preisträgerinnen der Vorjahre. Wir starten in diesem Jahr mit einer fünfköpfigen Jury, und diese besteht aus: Ute Hiller, Ria Klug, Stephanie Kuhn, Sam Lesniewicz und Ina Rosenthal.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Die zweite Nachfrage geht dann an Frau Kollegin Bangert von Bündnis 90/Die Grünen. – Bitte schön!